



Grünes Bündnis
Postfach 6411
Neubrückestrasse 17
3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
Fax 031 302 88 78
info@gbbern.ch
www.gbbern.ch
PC 30-37923-6

gb.links

- Bern bewegt 2209 Räder
- 2 x Nein zu Asyl- und Ausländergesetz
- GSoA-Initiative unterschreiben



Car-free-Day in Bern

22. September... ein Tag wie jeder andere?

zu verhelfen, waren wir jedoch bereit, an der zukünftigen Gestaltung des Aktionstages Bernbewegt mitzuwirken.

Die Boykottandrohung blieb nicht ohne Wirkung. Der Gemeinderat sah sich gezwungen, auf unsere Forderungen einzugehen, und lies ein Aktionskonzept erarbeiten, das unter anderem die ganztägige Sperrung der Hauptverkehrsachse Bahnhofplatz – Bollwerk vorsieht. Geplant sind folgende Aktivitäten: 1. Fahrbahnverengungen auf sechs Einfallstrassen, gekoppelt mit Information der AutofahrerInnen, 2. ein Mobilitätspark in der Innenstadt und 3. die Aktion «Bern bewegt 2209 Räder».

Der 22. September 2006... doch kein Tag wie jeder andere?

Das Grüne Bündnis unterstützt die Wette, dass am diesjährigen 22. September mindestens 2209 durch Muskelkraft betriebene Räder durch die Strassen von Bern rollen. Treffpunkt ist um 17.30 Uhr

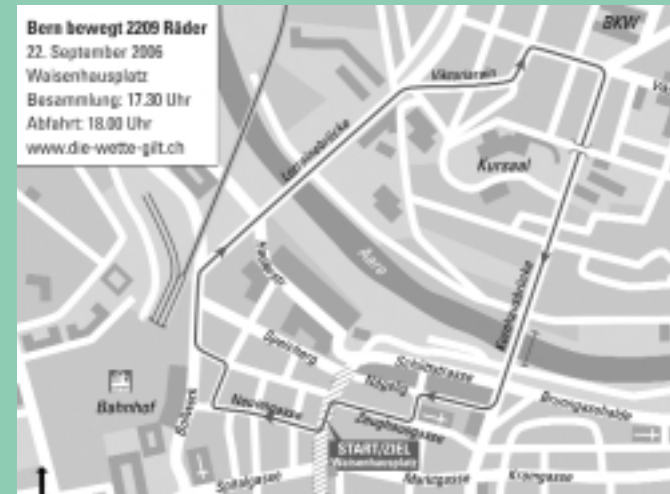
auf dem Waisenhausplatz. Losgefahren wird um 18 Uhr. Wer an der Wette teilnimmt, kommt mit dem Velo, dem Trotti-nett, den Inline-Skates, dem Dreirad, dem Rollstuhl usw. auf den Waisenhausplatz. Gezählt werden alle bewegten Räder. Teilnehmende können sich anmelden über www.die-wette-gilt.ch

Der 22. September 2007... wieder ein Tag wie jeder andere?

Das Grüne Bündnis erwartet, dass das Ziel der Verkehrsverlagerung auch für die künftigen Aktionstage vom 22. September inhaltliche Richtschnur ist. Kreative und fröhliche Aktionen sind erwünscht, solange sie nachhaltig autofrei sind. Ein Aktionstag macht dann Sinn, wenn er nachhaltig zum Ziel der Verminderung des motorisierten Verkehrs beiträgt. Ein autofreier Tag

genügt aber nicht. Stadtverträgliche Mobilität bedeutet die konsequente Förderung des Fuss- und Veloverkehrs und gute öffentliche Verkehrsmittel. Das Grüne Bündnis fordert vom Gemeinderat weitere, nachhaltige Massnahmen zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs, welche auch mit der Region Bern koordiniert sind.

Stéphanie Penher, AG Ökologie



GB-AktivistInnen protestieren gegen die Überschreitung der Ozonwerte und fordern weniger Autos für bessere Luft.

Der europaweite Car-free-Day setzt grundsätzlich ein Zeichen für ein anderes, nicht auto-philes Mobilitätsverhalten. Mit dem Aktionstag soll das Bewusstsein für stadtverträgliche Fortbewegungsmittel geschärft werden. Das erste Konzept des Gemeinderats für den diesjährigen Aktionstag erfüllte diese Kriterien nicht, da der Aktionstag auf einen wirkungslosen Event in der Innenstadt reduziert worden wäre. Die Mitglieder der Mobilitätskonferenz der Region Bern (Umweltverbände und links-grüne Parteien) haben an ihrer Sitzung vom 22. Mai 2006 einstimmig beschlossen, den offiziellen Aktionstag Bernbewegt vom 22. September 2006 zu boykottieren. Unsere ablehnende Haltung begründeten wir deshalb auch mit der fehlenden Wahrnehmbar- und Spürbarkeit des Aktionstages in der breiten Öffentlichkeit. Um unserem Anliegen einer umweltgerechten Verkehrspolitik zum Durchbruch

AZB 3000 Bern 1

Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

gb.links

- Fr, 25.8.. Weiterbildung zum Thema «**Gleichstellungsgesetz – kompetent anwenden**». Kant. Fachstelle für Gleichstellung, Anmeldung unter info.fgs@sta.be.ch
- Sa, 26.8., Kultur- und Ökologärtneri Maurer, Münsingen, ab 18.30 Uhr. **Fest der Grünen Kanton Bern**. Der Erfolg bei den kantonalen Wahlen und der Start

der Grünen Kanton Bern: Gründe genug für ein Fest! Anmeldung nicht nötig – Infos unter info@gbbern.ch oder 031 301 82 09.

- Do, 31.8., 20 Uhr, Hotel Bern, Bern. Diskussion «**Der grosse Streik in Deutschland**». Mit Alfred Wohlfart, Gewerkschaft ver.di. Infos: www.vpodbern.ch

- Fr–So, 1.–3.9., Biel. **Dritte Sommerakademie von attac schweiz** unter dem Titel: «Generation prekär? – Enden die Menschenrechte dort, wo die Unternehmensfreiheit beginnt?» Anmeldung obligatorisch. Weitere Infos und Anmeldung unter: www.schweiz.attac.org

gb.tipp



Schule ohne Ausgrenzung ist möglich! Integration und Selektion – ein Widerspruch?

Dienstag, 19. September, 19.30 Uhr, Kornhausforum Bern

Ist der Ruf nach integrativen Schulen und nach mehr Leistungsnachweisen nicht ein gegenläufiger Trend? Können Schulen wirklich integrativ sein, wenn auf der Oberstufe weiterhin eine Selektion stattfindet? Zu welchen Erkenntnissen kommt die wissenschaftliche Forschung und wie fliessen diese Einsichten in die Bildungspolitik ein?

Diese und weitere Fragen diskutieren:
Max Suter, Erziehungsdirektion Kanton Bern
Thomas Meyer, Bildungssoziologie und Leiter von TREE
Rudolf Guggisberg, Grossrat SVP
Corinne Schärer, Grossrätin Grüne Bern

Moderation: **Reto Wissmann**, Redaktor «Der Bund»

Talon

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

- Ich möchte **Mitglied** werden beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.
- Ich bestelle ___ Expl. Unterschriftenbogen für die **GSoA-Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»**.
- Ich möchte mich **aktiv** engagieren beim **Grünen Bündnis**. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

Impressum

Redaktionsschluss gb.links 7/2006: 31. August.
Redaktion: Reto Moosmann, Natalie Imboden.
Satz und Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern. Lithos: Genossenschaft Graphix, Bern.

gb.bewegt

Frauenpolitik
Montag, 28. August, 19 Uhr,
GB-Sekretariat

Ökologie
Montag, 12. September, 20 Uhr,
GB-Sekretariat

Internationales und Migration
Kontakt: Martin Wälchli,
internationales-migration@gbbern.ch

Bildung
Montag, 21. August, 19 Uhr,
GB-Sekretariat

Nationale Politik
Kontakt: GB-Sekretariat
Tel. 031 301 82 09

Leitender Ausschuss
Mittwoch, 23. August, 20 Uhr,
GB-Sekretariat

Aussteigen und umsteigen!



Bern strahlt auf positive Art: Die rot-grüne Regierung will den Ausstieg aus der Atomenergie.

Nach der Ölkrise von 1973 wollte auch die Schweiz ihre Energieversorgung breiter abstützen. Schon damals sprachen alle von erneuerbaren Energieträgern wie Sonne, Wind, Biomasse, Geothermie. Später war Energieeffizienz ein Modewort. Doch in über 30 Jahren kamen wir leider nicht sehr viel weiter. Wenn man die Wasserkraft ausnimmt, dann machen die erneuerbaren Energieträger heute knapp 4% der gesamten Produktion aus. Gegen 60% unseres Energieverbrauchs basiert weiterhin auf Erdöl. Die Stromlobby liess das 10-jährige Atommoratorium in den neunziger Jahren ungenutzt verstreichen. Statt in innovative Technologien zu investieren, überbrückte man die Zeit mit Atomstrom aus Frankreich.

Wir stehen heute an einer Wendemarke. Die nicht erneuerbaren Energiequellen werden knapper und teurer. Wir müssen zudem Öl, Gas und Kohle wegen des Treibhauseffektes

einschränken. Wie können wir erneuerbare Energieträger in genügender Menge bereitstellen, um die sich abzeichnende Stromlücke ab 2020 auszugleichen? Die rot-grüne Berner Kantonsregierung legte vor den Sommerferien ihr Strategiepapier vor. Sie will mehr Energieeffizienz. Der Wärmebedarf von Gebäuden soll um einen Fünftel reduziert werden. Sie will auch erneuerbare Energien massiv fördern. Und sie will aus der Atomenergie aussteigen. Damit hat der Kanton Bern schweizweit eine Vorreiterrolle übernommen und das Terrain für die Energiewende vorbereitet.

Die Stromlobby hingegen will uns weismachen, kein Weg führe an einer Renaissance der Atomkraft vorbei. Sie will die Lebensdauer alter Reaktoren wie jenem in Mühleberg verlängern und plant den Bau neuer AKWs. Sie hat mit der SVP auch prompt eine Verbündete gefunden. In ihrem neusten Energiepapier preist die SVP die Atomenergie als Lösung für die Zukunft und lobt die Sicherheit der neuesten Generation von Atomreaktoren. AKWs bleiben jedoch eine Gefahr für Mensch und Umwelt. Das zeigte sich erst Ende Juli in Forsmark in Schweden wieder einmal. Viel hat nicht gefehlt, und es wäre wegen eines simplen Kurzschlusses zu einer Kernschmelze und damit zu einem GAU gekommen. Fast das gesamte elektronische Sicherheitsdispositiv hat versagt. Wäre die SVP konsequent, müsste sie ihre eigene Weisheit von einer auslandunabhängigen Stromproduktion beherzigen und auf Atomstrom verzichten. Denn auch Uran muss in die Schweiz importiert werden. Und entgegen den Behauptungen der SVP wird dieser Rohstoff nicht nur in Kanada

oder Australien abgebaut, sondern auch in Russland oder Namibia. Die Atomkraft ist riskant, und sie ist alles andere als nachhaltig. Wir würden unseren Nachkommen grosse Probleme auf, denn bis heute wissen wir nicht, wo wir den hochgiftigen radioaktiven Abfall unserer Atommeiler langfristig lagern sollen.

Der Ausstieg aus der Atomenergie zwingt uns, innovative Wege zu bestreiten. Die Berner Regierung hat richtig erkannt, dass Uran und Öl in eine Sackgasse führen. Gas darf aber nicht die neue «Lösung» sein. Gaskombikraftwerke, wie sie auch die Berner Regierung als Übergangslösung postuliert, stossen gewaltige Mengen an CO₂ aus. Damit werden sämtliche Bemühungen im Klimaschutz unterlaufen. Gescheitert ist, wir prüfen als Übergangslösung CO₂-freie Kohlekraftwerke. Fachleute sagen, diese Technologie sei in 10 bis 15 Jahren ausgereift. In Deutschland werden bald erste Pilotversuche gestartet. Eine Energiestrategie, die den Anspruch erhebt, bis ins Jahr 2035 zu reichen, darf sich auch nicht auf die Stromerzeugung und den Wärmeverbrauch beschränken: Energiepolitik ist Verkehrspolitik, Gesundheitspolitik, Wirtschaftspolitik, Raumplanungspolitik und Klimapolitik. Bern muss in enger Partnerschaft mit den technischen Fachhochschulen ein Energie-Cluster werden. Die 2000-Watt-Gesellschaft ist unser Endziel – sie darf aber nicht ein Fernziel bleiben.

Franziska Teuscher,
Nationalrätin Grüne



Gegen Behördenwillkür und Ausgrenzung

Unter dem Vorzeichen der Missbrauchsbekämpfung wird mit dem neuen Ausländer- und dem verschärften Asylgesetz die Verletzung von Menschenrechten und der Flüchtlingskonvention in Kauf genommen. Flüchtlinge ohne Pass oder Identitätskarte werden keinen Zugang mehr zum Asylverfahren erhalten und wie alle abgewiesenen Asylsuchenden von der Sozialhilfe und den Betreuungsstrukturen ausgeschlossen. Die Erweiterung der Zwangsmassnahmen ist unverhältnismässig, fördert die Rückkehr nicht und verursacht enorme Kosten. Zu begrüssen ist zwar die Verbesserung des Status der «Vorläufig Aufgenommenen»: Sie wurde vom Parlament aber abgeschwächt und hängt von der Umsetzung der Kantone ab.

Statt die nötige Rechtssicherheit zu schaffen, wurde das Ermessen der Behörden bei Drittstaatsangehörigen bis in die persönliche Freiheit ausgedehnt. Integration will der Gesetzgeber negativ über die Bewilligung des Aufenthalts und Verpflichtungen im Einzelfall regeln, ohne ein entsprechendes Förderangebot verbindlich zu verankern.

Die Schweiz bleibt auf Zuwanderung und einen konstruktiven Umgang damit angewiesen. Dazu gehört, dass Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen und Chancengleichheit für alle gewährleistet wird. Das Leben in Prekarität und Illegalität ist keine Lösung. Verfolgte und Verletzte sollen in der Schweiz auch in Zukunft Schutz finden. **Deshalb stimmen wir am 24. September zwei 2 x NEIN.**

Sabine Schoch,
AG Internationales und Migration

gb.wohnen

Die Wohnstrategie des GB fordert mehr nachhaltigen Wohnraum. Dank zwei Vorstössen prüft die Stadt Bern nach der Ablehnung der Planung Viererfeld, wo **autoarmes Wohnen** möglich ist, so beispielsweise im Viererfeld-Süd.

GB-Stadträtin Karin Gasser will den **genossenschaftlichen Wohnungsbau** ankurbeln und fordert, dass – wie in Zürich seit 1924! – städtische Darlehen zur Verfügung gestellt werden. Zürich hat heute ein Rekordniveau an günstigen Genossenschaftswohnungen.

Freizeitnutzungen in Wohnquartieren kommen mit den Anliegen der BewohnerInnen in Konflikt. Daher fordert GB-Stadträtin Franziska Schnyder vom Gemeinderat ein Freizeitnutzungskonzept, welches Kriterien insbesondere für den zusätzlichen Verkehr vorsieht. Die GB-Stadträtinnen Natalie Imboden und Karin Gasser fordern, dass sich die Stadt für die Steigerung der Energieeffizienz einsetzt, bei Gebäuden der Stadt Bern **energieeffizient baut** und **Passivhäuser und Minergie P-Standards** auch bei Privaten unterstützt.

gb.parlament

Das GB fordert in der Stadt Bern und im Kanton mehr Gleichstellung: **Förderung von Frauen- und Mädchensport in Bern** (Stefanie Arnold, Urs Frieden)

Städtische Kulturförderung unter der Gleichstellungslupe (Natalie Imboden, Stefanie Arnold)

Erhebung der Löhne im Kanton Bern nach Geschlecht (Corinne Schärer)

Überprüfung der Löhne des kantonalen Personals (Blaise Kropf)
(Vollständige Texte und weitere Vorstösse siehe www.gbbern.ch)

Abstimmungen vom 24.9.06

Stadt Bern	
Totalrevision der Bauordnung	2 x JA
Stichfrage: Variante 1	X
Kanton Bern	
Reform der dezentralen Verwaltung	JA
Justizreform	JA
National	
Revision Ausländergesetz	NEIN
Revision Asylgesetz	NEIN
Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV»	JA

Stadt Bern: JA zur Totalrevision der städtischen Bauordnung

Bern im Bau

Wo entsteht in der Stadt künftig neuer Wohnraum? Wie kann beim Bau von neuen Freizeitempeln das Quartier vor Mehrverkehr geschützt werden? Diese und andere Fragen werden in der städtischen Bauordnung geregelt.

Wohnen wird gefördert

Bern ist nicht gebaut! Bern braucht dringend neuen Wohnraum. Die neue Bauordnung fördert das Wohnen, indem sie den Wohnanteil in Wohnzonen erhöht, grössere Balkone und Attikageschosse ermöglicht und den Einbau von Dachwohnungen erleichtert. Nicht in die neue Bauordnung aufgenommen wurde die Forderung des Grünen Bündnis, das Prinzip des autoarmen Wohnens zu verankern. Was andernorts möglich ist (z.B. Ostermundigen), lehnte das Stadtberner Parlament ab. Trotzdem können einzelne autoarme Überbauungen über den Weg einer Überbauungsordnung erreicht werden.

Ökologische Verbesserungen

Bauen ist eng mit dem Energieverbrauch gekoppelt. Wer clever baut, braucht weniger Energie und produziert weniger CO₂. Leider erlaubt es die kantonale Gesetzgebung nicht, dass die Stadt Bern für alle Neu- und Umbauten den MINERGIE-Standard vorschreibt. Der Kanton setzt stattdessen auf Anreize und fördert seit Anfang 2006 Neu- und Umbauten, welche energieeffizient sind, finanziell. Die Stadt Bern belohnt künftig – dank der Hartnäckigkeit des Grünen Bündnis – MINERGIE-Bauten mit einem Bonus bei den Nutzungsmassen. Die ökologischen Verbesserungen beim



Auch in der neuen Bauordnung ist der denkmalpflegerische Schutz stark – damit auf Alt- und Neubauten Solarpanels wie auf dem Stade de Suisse-Dach möglich sind, muss der Denkmalschutz mit Augenmass umgesetzt werden.

Wohnungsbau, welche mit der neuen Bauordnung erreicht wurden, werden durch Anstrengungen auf kantonaler Ebene noch verstärkt. Der neue, rot-grüne Regierungsrat forderte Anfang Juli im Rahmen der Energiestrategie unter anderem eine Effizienzsteigerung im Wohnungsbau. Zudem verlangte in der Juni-Session die Grüne Fraktion zusammen mit EVP, CVP und SP die Revision des Energiegesetzes, um die Effizienz bei der Energienutzung im Gebäudebereich zu steigern und den MINERGIE-Standard zu erreichen.

Einen Erfolg konnte das GB bei der Lichtverschmutzung resp. dem Vogelschutz verbuchen: Der Gebrauch von sogenannten Skybeamern, eine Gefahr für die Zugvögel, ist künftig in der Stadt Bern verboten. Im Bereich des Verkehrs obsiegten grüne

Anliegen ebenfalls: Neue Parkhäuser können auch künftig nur am Stadtrand gebaut werden (Park&Ride-Anlagen). Damit wird den Plänen für ein neues Parkhaus am Klösterlistutz ein Riegel geschoben. Zudem wurden Verkehrsbeschränkungen für Freizeit- und Verkaufsnutzungen in Dienstleistungszonen verankert. Diese werden nur erlaubt, wenn eine gute Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr gewährleistet ist.

Überzeitbewilligungen in der Altstadt kontrovers

68 Ausgehlokale in der Altstadt haben heute eine generelle Überzeitbewilligung und können bis in die frühen Morgenstunden offen haben. Soll es in der unteren Altstadt mehr Lokale mit Überzeitbewilligung geben oder nicht? Eine knappe Mehrheit des Stadtrats priorisiert das Wohnen gegenüber der Freizeitnutzung, wobei aber der Status quo an Ausgangslokalen gewährt bleibt (= Variante 1, mit Einschränkungen). Die Minderheit möchte hingegen keine Einschränkungen für weitere, generelle Überzeitbewilligungen (= Variante 2, ohne Einschränkungen). Damit die sonst unbestrittene Bauordnung nicht gefährdet wird, findet deshalb eine Variantenabstimmung statt. Insgesamt ist die neue Bauordnung ein gutes Fundament für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Das Grüne Bündnis sagt 2 X JA zur Bauordnung. In der Interessenabwägung gewichtet das GB die Interessen der AnwohnerInnen stärker (Stichfrage = Variante 1).

Natalie Imboden,
GB-Stadträtin

gb.links

→ le forum

→ vert ♀ social

→ Grüne Biel Les Verts Bienne



Car-free-Day in Bern

22. September... ein Tag wie jeder andere?

zu verhelfen, waren wir jedoch bereit, an der zukünftigen Gestaltung des Aktionstages Bernbewegt mitzuwirken.

Die Boykottandrohung blieb nicht ohne Wirkung. Der Gemeinderat sah sich gezwungen, auf unsere Forderungen einzugehen, und liess ein Aktionskonzept erarbeiten, das unter anderem die ganz-tägige Sperrung der Hauptverkehrsachse Bahnhofplatz – Bollwerk vorsieht. Geplant sind folgende Aktivitäten: 1. Fahrbahnverengungen auf sechs Einfallstrassen, gekoppelt mit Information der AutofahrerInnen, 2. ein Mobilitätspark in der Innenstadt und 3. die Aktion «Bern bewegt 2209 Räder».

Der 22. September 2006... doch kein Tag wie jeder andere?

Das Grüne Bündnis unterstützt die Wette, dass am diesjährigen 22. September mindestens 2209 durch Muskelkraft betriebene Räder durch die Strassen von Bern rollen. Treffpunkt ist um 17.30 Uhr

auf dem Waisenhausplatz. Losgefahren wird um 18 Uhr. Wer an der Wette teilnimmt, kommt mit dem Velo, dem Trotti-nett, den Inline-Skates, dem Dreirad, dem Rollstuhl usw. auf den Waisenhausplatz. Gezählt werden alle bewegten Räder. Teilnehmende können sich anmelden über www.die-wette-gilt.ch

Der 22. September 2007... wieder ein Tag wie jeder andere?

Das Grüne Bündnis erwartet, dass das Ziel der Verkehrsverlagerung auch für die künftigen Aktionstage vom 22. September inhaltliche Richtschnur ist. Kreative und fröhliche Aktionen sind erwünscht, solange sie nachhaltig autofrei sind. Ein Aktionstag macht dann Sinn, wenn er nachhaltig zum Ziel der Verminderung des motorisierten Verkehrs beiträgt. Ein autofreier Tag

genügt aber nicht. Stadtverträgliche Mobilität bedeutet die konsequente Förderung des Fuss- und Veloverkehrs und gute öffentliche Verkehrsmittel. Das Grüne Bündnis fordert vom Gemeinderat weitere, nachhaltige Massnahmen zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs, welche auch mit der Region Bern koordiniert sind.

Stéphanie Penher, AG Ökologie



GB-AktivistInnen protestieren gegen die Überschreitung der Ozonwerte und fordern weniger Autos für bessere Luft.

Der europaweite Car-free-Day setzt grundsätzlich ein Zeichen für ein anderes, nicht auto-philes Mobilitätsverhalten. Mit dem Aktionstag soll das Bewusstsein für stadtverträgliche Fortbewegungsmittel geschärft werden. Das erste Konzept des Gemeinderats für den diesjährigen Aktionstag erfüllte diese Kriterien nicht, da der Aktionstag auf einen wirkungslosen Event in der Innenstadt reduziert worden wäre. Die Mitglieder der Mobilitätskonferenz der Region Bern (Umweltverbände und links-grüne Parteien) haben an ihrer Sitzung vom 22. Mai 2006 einstimmig beschlossen, den offiziellen Aktionstag Bernbewegt vom 22. September 2006 zu boykottieren. Unsere ablehnende Haltung begründeten wir deshalb auch mit der fehlenden Wahrnehmbar- und Spürbarkeit des Aktionstages in der breiten Öffentlichkeit. Um unserem Anliegen einer umweltgerechten Verkehrspolitik zum Durchbruch

AZB 3000 Bern 1

Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

Bauen in Biel

Planungsgrundlagen bereits überholt?

Die Zonenordnung 1998 (Zustimmung an der Urne 1998) und deren geplante, mittlere-wisensystemisierte Teilrevision sowie der Landschaftsrichtplan aus dem Jahre 2004 stellen die planerischen Grundlagen für die Stadt Biel dar. Alle diese Rechts- und Planungsgrundlagen äussern sich nicht nur zum Verhältnis der verschiedenen Nutzungen (Grün-, Wohn-, Industrie-, Arbeitszonen etc.), sondern auch zu konkreten, vom Gemeinderat vorangetriebenen Planungsvorhaben, so beispielsweise zu Gurzelen, Bözingenfeld West oder dem Bergfeld. Von einer Mehrheit des Bieler Parlaments werden diese Planungsgrundlagen aber offenbar als überholt betrachtet: Ende Juni diskutierte das Parlament über die Zukunft des Bözingenfeldes und traf Entscheide, mit welchen es von den in der Zonenordnung 1998 und im Landschaftsbericht verankerten Grundsätzen abweicht. Doch war sich der Stadtrat dessen überhaupt bewusst?

Die ganze Wahrheit?

Die dem Stadtrat vorgelegten Geschäfte sowie die aus den Medien bekannt gewordenen Pläne der Stadtregierung bestätigen die Vermutung, dass die bestehenden Rechts- und Planungsgrundlagen ihre Geltung bereits nach wenigen Jahren wieder verloren haben. Die Pläne der Stadtregierung haben be-

trächtliche Konsequenzen für die Grünzonen in der Stadt Biel. Diese sollen teilweise in Wohn-, Arbeits- oder Industrieland umgewandelt werden. Allein durch die Bauvorhaben im Bözingenfeld (Public Private Partnership) werden dort die Grünflächen um rund 50 000 m² reduziert. Trotzdem spricht der Gemeinderat verharmlosend von einer «marginalen Änderung» der Grünräume.

Nachhaltige Stadtentwicklung?

Aus nachhaltiger Sicht müsste einem solchen Vorhaben eine Güterabwägung vorangehen: Welche Naturwerte werden erhalten, welche zerstört? Welche ökonomischen Vorteile oder Risiken erwachsen der Stadt? Welche sozialen Folgen ergeben sich aus den Bauvorhaben?

Es scheint, als sei eine solche Abwägung unterlassen worden. Zudem wurden die wichtige Entscheidungsgrundlagen zurückgehalten oder verschleiert, und zwar:

- Auch auf der Gurzelen ist mit einer Reduktion der Grünflächen zu rechnen. Die Teilzonenrevision 2004 ging noch von der Erhaltung aller Fussballplätze aus. Im Vorschlag 2006 figurieren diese Flächen (25 000 m²) nun aber als Bauland für Wohnnutzungen – 5 Fussballplätze werden vermutlich ersatzlos gestrichen.

- Die vorgesehenen Mantelnutzungen der Stades de Bienne führen zu geschätztem Mehrverkehr von bis zu 10 000 Bewegungen pro Tag. Gemäss kantonalen Richtlinien dürften es höchstens 3000 sein. Kann das Mantelnutzungskonzept nicht mit den aktuell noch zur Verfügung stehenden 3000 Bewegungen realisiert werden, fallen budgetierte Einnahmen von ca. 40 Mio. Franken – zumindest teilweise – weg.
- In der Vorlage werden weder die Umweltvorgaben noch die Auswirkungen auf die Innenstadt diskutiert. Durch die geplanten Fachmärkte im Bözingenfeld werden den Innenstadtdeschäften Einbussen in der Höhe von jährlich schätzungsweise 20–30 Mio. Franken entstehen.
- Auch die Bauvorhaben der Swatch-Group im Bözingenfeld bleiben in der Botschaft unerwähnt. Werden diese realisiert, hätte das eine weitere, massive Verminderung von Grünflächen zur Folge – 4 weitere Fussballplätze dürften verschwinden.

Christoph Grupp

Die Botschaft zum Bözingenfeld kann beim Stadtratsbüro bezogen werden. Wichtige Grundlage für diesen Artikel ist der Beitrag von Alt-Baudirektor Ueli Haag «Wortmeldung». Er kann bei Christoph Grupp (info@decomm.ch) bezogen werden.

Talon

Name: _____
Vorname: _____
Adresse: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
e-mail: _____

Je m'intéresse à
Grüne Biel Les Verts Bienne.
Veuillez me contacter.

Grüne Biel Les Verts Bienne
cp/PF 665
2500 Biel/Bienne

Impressum

Rédaction: Bettina Epper.
Impression: Widerdruck, Berne.
Lithos: Graphix, Berne.

gb.bewegt | agir

Arbeitsgruppe Ökologie

Kontakt | contact: Urs Scheuss
e-mail: urs.scheuss@gruene-biel.ch

Groupe de travail Questions sociales,
intégration et femmes

Kontakt | contact: Claire Magnin
e-mail: magnin.ch@worldonline.ch

Kontakte | contact

Grüne Biel Les Verts Bienne
Urs Scheuss
cp/PF 665, 2500 Biel/Bienne
Tel. 032 322 13 31
e-mail: urs.scheuss@gruene-biel.ch